

Policy Briefing zur COP30

Amazonas schützen, Klima retten!



Policy Briefing zur COP30

Amazonas schützen, Klima retten!

Autoren und Autorinnen:

Sarah Zitterbarth & Jannes Stoppel, Greenpeace

Berlin, Oktober 2025

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völker-verständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340,
presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0
V.i.S.d.P. Sarah Zitterbarth **Text** Sarah Zitterbarth, Jannes Stoppel **Fotos** Markus Mauthe (Titel), Micha Patault, alle © Greenpeace

greenpeace.de

Vorwort

Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen steht die Weltgemeinschaft bei der COP30 in Brasilien an einem Scheideweg: Das 1,5-Grad-Limit droht überschritten zu werden und die Dringlichkeit für ambitionierte Maßnahmen war nie größer, während der Multilateralismus in einer tiefen Krise steckt. Konflikte, Sicherheitsfragen und Handelsstreitigkeiten bestimmen die Agenda. Unter anderem haben Putins Krieg gegen die Ukraine und die MAGA-Agenda von Trump eine neue Welle der Militarisierung ausgelöst, die politische Prioritäten und Finanzmittel drastisch verschoben hat – auf Kosten internationaler Klima- und Entwicklungsförderung. Einzelne Staaten, v.a. die Öl- und gasproduzierenden Länder wie Saudi-Arabien, Russland oder der Iran blockieren Beschlüsse, die ihre fossilen Geschäftsmodelle gefährden, und die EU hat wichtige Entscheidungen zu ihren Klimazielen aufgeschoben. Die USA als einer der größten Emittenten ziehen sich erneut aus dem Pariser Klimaabkommen zurück und Trump torpediert die Klimaschutzbemühungen von Deutschland, der EU und anderen Ländern von der Seitenlinie. China wiederum könnte eine wichtigere Rolle in der globalen Klimapolitik übernehmen, orientiert sich jedoch stark an der (fehlenden) Ambition der EU. Für Fortschritte in der globalen Klimapolitik wird es darauf ankommen, dass die EU den strategischen Klimadialog mit China vertieft, um den größten CO2-Emittenten zu mehr Klimaschutz zu bewegen und den weltweiten Zugang zu grünen Technologien gemeinsam zu gestalten.

Die Hoffnungen auf Brasilien als Gastgeberland sind groß. Unter Präsident Lula bemüht sich Brasilien zwar, Brücken zwischen Nord und Süd sowie zwischen Industrie- und Schwellenländern zu schlagen. Zugleich verfolgt Brasilien eine Politik, die die Förderung fossiler Energien und eine fragwürdige Bio-Energieagenda weiter vorantreibt. Brasilien will jedoch Natur- und Waldschutz stärker mit dem

Klimaschutz verzahnen und die Rechte indigener Völker hervorheben. Der Amazonas-Regenwald als eines der zentralen Kippunktelemente des globalen Klimasystems dient dabei als symbolträchtiger Austragungsort der Klimakonferenz und ist Sinnbild für die Dramatik der Situation. Wenn das Ökosystem des Amazonas-Regenwald ins Kippen gerät, hätte das schwerwiegende Konsequenzen für Klima, Biodiversität und somit auch für die Sicherheit in Deutschland und Europa. Multiplizieren sich die negativen Effekte von Klimakipppunkten, würden sie die Ziele des Pariser Klimaabkommens unerreichbar machen.

Die COP30 in Belém ist daher ein Test für die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft. Nach der ersten Globalen Bestandsaufnahme (GST) auf der COP28 mit Beschlüssen zum Ausstieg aus den fossilen Energien, zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zum Waldschutz bis 2030 müssen die Staaten nun zeigen, dass sie diese Ziele auch umsetzen und die große globale Ambitions- und Umsetzungslücke schließen können. Dafür braucht es in Belém ein klares 1,5-Grad-Umsetzungspaket, das verbindliche Schritte in den zentralen Bereichen Energiewende, Waldschutz und Klimafinanzierung umfasst sowie Synergien zwischen Klima- und Biodiversitätsschutz stärkt. Deutschland kommt auf der COP30 eine entscheidende Rolle zu – als Teil der [High Ambition Coalition](#) und zentrale Stimme der EU muss die Bundesregierung zeigen, dass sie in einer geopolitisch fragilen Welt Verantwortung übernehmen und progressive Allianzen für den Schutz unserer Lebensgrundlagen organisieren kann.

Remember Paris? Die Notwendigkeit für ein 1,5-Grad-Umsetzungspaket

Mit dem Pariser Klimaabkommen haben sich alle Vertragsstaaten verpflichtet, alle fünf Jahre nationale Klimabeiträge (*nationally determined contributions, NDCs*) vorzulegen und diese sukzessive in ihrer Ambition zu steigern. Wenige Wochen vor der Klimakonferenz haben nur rund 60 Länder ihre neuen Klimapläne für 2035 eingereicht, davon nur sieben G20-Länder. Es ist schon jetzt absehbar, dass die kollektive Klimaschutzwirkung aller Pläne zur Einhaltung des in Paris beschlossenen 1,5-Grad-Limits nicht ausreichen wird. Dabei hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in einem bahnbrechenden Gutachten im Juni 2025 festgestellt, dass alle Staaten völkerrechtlich verpflichtet sind, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Zehn Jahre nach Paris steigen die globalen Treibhausgasemissionen jedoch weiter an, während Deutschland weiter klimaschädliche Gaskraftwerke ausbaut. Ohne zusätzliche Klimamaßnahmen steuert die Welt auf einen 2,7-Grad-Pfad zu.

➔ **Starke EU-Klimaschutzziele:** Die EU muss bis zur COP30 ihre unverbindliche Absichtserklärung für ein NDC (Bandbreite zwischen 66,25 bis 72,5 Prozent Emissionsreduktion bis 2035) in einen ordnungsgemäßen Klimaschutzplan mit mindestens 72,5 Prozent Reduktion überführen. Dieser Zielwert läge immer noch unter den Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats der EU, der mindestens 77 Prozent Reduktion bis 2035 fordert, um mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar zu sein. Die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzler Merz, darf die EU-Klimaziele für 2035 und 2040 nicht weiter blockieren und muss sich für eine schnelle Einigung ambitionierter Ziele einsetzen – so wie im Koalitionsvertrag vereinbart.

➔ **NDC-Synthesebericht:** Staats- und Regierungschef:innen sollten sich auf der COP30 für ein Mandat zur Überprüfung und Diskussion des im Oktober erscheinenden UN-

Syntheseberichts aller eingereichten NDCs einsetzen, um das politische Momentum für eine Kurskorrektur und die Verbindlichkeit für eine globale Antwort auf die Ambitionslücke zu stärken.

➔ **Ambitioniertes Klimaschutzprogramm:** Starker Klimaschutz in der EU und international braucht auch starken Klimaschutz in Deutschland. Deshalb muss die Bundesregierung bis Ende 2025 ein umfassendes Klimaschutzprogramm vorlegen, das die Erreichung der Klimaziele bis 2030, 2040 und 2045 sicherstellt und ambitionierte Maßnahmen im Gebäude- und Verkehrsbereich beschließt.

Eine Antwort auf die globale Ambitions- und Umsetzungslücke muss im Zentrum der diesjährigen Klimakonferenz stehen und sollte neben freiwilligen Initiativen der Action Agenda ein umfassendes sektorspezifisches Entscheidungspaket beinhalten. Dieses Paket sollte verbindliche Maßnahmen zur Umsetzung festlegen und einen jährlichen Rahmen zur Überprüfung und Anpassung der Fortschritte vorsehen.

Im Folgenden werden mögliche Elemente für ein 1,5-Grad-Umsetzungspaket skizziert:

Globale Energiewende beschleunigen

Die Umsetzung der Energiewende-Beschlüsse der COP28 – die Verdreifachung der Kapazität erneuerbarer Energien bis 2030, die Verdopplung der Energieeffizienz und die Abkehr von fossilen Energien – muss dringend beschleunigt und konkretisiert werden. Der IGH hat ausdrücklich festgestellt, dass die Förderung und der Verbrauch fossiler Brennstoffe gegen internationales Recht verstößen können. Die Operationalisierung der energiepolitischen GST-Ergebnisse wird in verschiedenen UNFCCC-Prozessen verhandelt (UAE Dialogue, MWP, JTWP), jedoch bisher ohne Erfolg, da fossile Lobby-Interessen einzelner Länder jede Einigung blockieren. Die Bundesregierung muss die brasilianische COP-Präsidentschaft dabei unterstützen, eine breite progressive

Allianz für Fortschritte bei der Energiewende zu bilden, und langfristig im Kontext des UN-Reformprozesses Mehrheitsentscheidungen unter UNFCCC zu ermöglichen. Um die Chancen für ein robustes energiepolitisches Entscheidungselement zu erhöhen, braucht es während des Leaders' Summit eine Erklärung der Staats- und Regierungschef:innen, in der sie ihr Commitment zu den Energiewende-Beschlüssen bekräftigen.

- ➔ **Fahrplan für fossilen Ausstieg:** die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass auf der COP30 ein Fahrplan verabschiedet wird, der einen gerechten, geordneten und fairen Ausstieg aus Kohle, Öl, und Gas mit klaren Enddaten und Zwischenzielen vereinbart sowie ein sofortiges Ende neuer fossiler Projekte und von Subventionen für fossile Brennstoffe beschließt.
- ➔ **Arbeitsprogramm für eine gerechte Energiewende:** Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Maßnahmen sowohl für den fossilen Ausstieg als auch für den Ausbau erneuerbarer Energien, inklusive dem Ausbau von Energiespeichern und der Netzinfrastruktur¹, in einem eigenen Arbeitsprogramm oder einer Arbeitsgruppe koordiniert vorangetrieben und regelmäßig überprüft werden.
- ➔ **Fossile Ausstiegspfade und erneuerbare Ausbaupläne in NDCs:** Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die neuen NDCs, v.a. von den G20 Ländern, bis spätestens zur COP31 überarbeitet werden. Sie müssen klare Zeitpläne für den Ausstieg aus fossilen Energien, Schritte zur Erreichung der globalen Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie zur Versechsfachung der globalen Kapazität von Energiespeichern enthalten.

¹ Auf der COP29 hat die COP-Präsidentschaft die freiwillige Initiative "Global Energy Storage and Grids Pledge" ins Leben gerufen mit den Zielen, bis 2030

Waldschutz und Synergien stärken

Auf der "Amazonas-COP" richtet sich der Fokus auch auf den Schutz der Wälder als entscheidenden, oft vernachlässigten Aspekt des Klimaschutzes. Die erste globale Bestandsaufnahme (GST) auf der COP28 hat das Ziel festgelegt, die Waldzerstörung bis 2030 zu stoppen. Es fehlt jedoch ein Plan zur effektiven Umsetzung. Bisher verfehlten die NDCs und die Umsetzung entsprechender LULUCF-Ziele der Länder einen effektiven Schutz und Wiederaufbau natürlicher Kohlenstoffsenken durch den Schutz von Wäldern und anderen Ökosystemen - auch in Deutschland und der EU. Freiwillige Initiativen, wie die Forest Climate Leaders Partnership (FCPL), bisherige Versuche von Handelsregulierungen (z.B. EUDR) und die fragwürdige Anrechnung von Wald-CO2-Zertifikaten für die Kompensation von weiteren fossilen Emissionen schaffen bisher nicht die notwendigen Fortschritte. Und wie sehr die derzeit entwickelte Tropical Forest Forever Facility (TFFF) als freiwilliges Finanzierungsinstrument einen Beitrag zum Schutz der Wälder leisten wird, bleibt abzuwarten. Die bisherige Vorlage ist dringend Verbesserungswürdig. Als Teil eines ambitionierten und verbindlichen COP30-Entscheidungspakets braucht es neben einem [UN-Waldaktionsplan](#) zur effektiven Förderung von Umsetzungsmaßnahmen ein klares Mandat für die Förderung von Synergien zwischen den Rio-Konventionen.

- ➔ **UN-Waldaktionsplan:** Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, dass auf der Klimakonferenz ein UN-Waldaktionsplan zur Erreichung der Waldschutz-Ziele bis 2030 verabschiedet wird, der die bestehenden Bemühungen unter verschiedenen UNFCCC-Verhandlungssträngen bündelt und effektiver gestaltet.
- ➔ **Synergien durch Verzahnung von Klima- und Naturschutz:** Die Bundesregierung

1.500 Gigawatt an Energiespeichern zu bauen und 25 Millionen Kilometern neuer Netzinfrastruktur zu schaffen.

sollte sich dafür einsetzen, dass die drei großen internationalen Umweltabkommen - Klima, Biodiversität, Böden - besser verzahnt werden und eine bessere Koordinierung unter der Joint Liaison Gruppe für eine effektivere Umsetzung der überlappenden Zielsetzungen gewährleistet werden kann.

➔ **Wirkungsvolle Waldschutz-Finanzierung und Zugang für Indigene:** Die Bundesregierung sollte sich zusammen mit Brasilien und anderen Partnern für wirkungsvolle und glaubwürdige Instrumente zur Finanzierung von Waldschutz einsetzen, die indigenen Gemeinschaften einen direkten Zugang zu Finanzmitteln sichert. Auch wenn dies in der Entwicklung der TFFF bedacht ist, braucht es noch dringend Nachbesserungen, um die Glaubwürdigkeit dieser neuen Initiative zu garantieren.

Internationale Klimafinanzierung erhöhen

Das auf der COP29 beschlossene globale Klimafinanzierungsziel zur Unterstützung ärmerer Länder (300 Mrd. US-Dollar pro Jahr) reicht nicht aus, damit diese Länder die notwendigen Maßnahmen für Klimaschutz, Anpassung und den Umgang mit Schäden und Verlusten finanzieren können. Fehlende finanzielle Unterstützung und der daraus entstandene Vertrauensverlust erschweren es ärmeren Ländern, weitere Zusagen für die globale Energiewende zu machen. In der Baku-to-Belém Roadmap, die darlegen soll wie bis 2035 die tatsächlich benötigten 1,3 Billionen US-Dollar pro Jahr aus öffentlichen und privaten Mitteln zur Verfügung gestellt werden können, muss ein Schwerpunkt auf hochgradig konzessionären und auf Zuschüssen basierenden öffentlichen Finanzmitteln liegen, wobei neben Klimaschutz und Anpassung auch Verluste und Schäden berücksichtigt werden müssen. Da Öl- und Gaskonzerne in den letzten Jahren nicht nur Rekordemissionen verursacht, sondern auch Rekordgewinne eingefahren haben, ist es an der Zeit, dass

sie als Hauptverursacher der Klimakrise zur Kasse gebeten werden.

➔ **Verursachergerechte Klimafinanzierung:**

Klimafinanzierung: Die Bundesregierung sollte das Verursacherprinzip (*polluter pays principle*) im Kontext innovativer Finanzquellen stärken. Sie sollte sich dafür einsetzen, dass von der COP30 ein klares Signal für die Notwendigkeit von nationalen Abgaben und Steuern (z.B. Übergewinnsteuern für fossile Unternehmen oder fossile Extraktionsabgaben) für fossile Verschmutzer ausgeht - zum Beispiel als Teil der Baku-to-Belém Roadmap.

➔ **Fairer Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung:** Die Bundesregierung muss als Industrienation ihren fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten und mindestens ihre bisher versprochenen 6 Milliarden Euro jährlich aus Haushaltssmitteln bereitstellen. Um das neue globale Klimafinanzierungsziel zu erfüllen, muss Deutschland die Haushaltssmittel auf mindestens 12 Milliarden Euro bis 2030 erhöhen, ohne dabei Investitionen in neue Initiativen, wie der TFFF, anzurechnen.

➔ **Milliardäre besteuern:** Die Bundesregierung sollte außerdem als Teil einer verursachergerechten Klimafinanzierung eine ökologische Milliardärssteuer in Deutschland einführen, da Milliardäre die Klimakrise massiv anheizen, aber durch Steuerprivilegien kaum zum Gemeinwohl beitragen. Eine Steuer von 2 Prozent auf hohe Vermögen ab 100 Millionen Euro würde Einnahmen von bis zu 200 Milliarden Euro bis 2030 erzielen.



Heißluftballon von Greenpeace vor dem Eiffelturm – Aktion für 100 % erneuerbare Energien vor der Klimakonferenz COP21 in Paris.

Greenpeace Kontakte auf der COP30



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Kontakt via Sabine Beck
In Belém: 5.11. bis 23.11.25



Sabine Beck
Communications Officer of the Executive Board
Mobil: +49 151 10667012
E-Mail: sabine.beck@greenpeace.org
In Belém: 14.11. bis 23.11.25



Sarah Zitterbarth
Referentin für Internationale Klimapolitik
Mobil: +49 175 5857225
sarah.zitterbarth@greenpeace.org
In Belém: 07.11. bis 16.11.25



Baro Gabbert
Sprecherin für sozial-ökologische Gerechtigkeit
Mobil: +49 171 1818507
baro.gabbert@greenpeace.org
In Belém: 09.11. bis 16.11.25



Jannes Stoppel
Policy Advisor für Biodiversität und Waldschutz
Mobil: +49 171 8880764
jannes.stoppel@greenpeace.org
In Belém: 07.11. bis 23.11.25